

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 46 – Flächendeckende Breitbandversorgung

Dazu sagt der netzpolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Jörg Nickel:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 177.12 / 21.03.2012**

## Schneller Internetausbau statt Lobhudeleien

Der Ausbau des schnellen Internets muss kommen. Kein Unternehmen, kein Privathaushalt und selbst keine Windkraftanlage kann heute mehr auf den schnellen Datenstrom verzichten. Ein schneller Breitbandausbau ist die Voraussetzung für Teilhabe am sozialen und ökonomischen Leben, er sorgt für Wachstum und Beschäftigung und ist daher wichtig gerade im ländlichen Raum. Soweit sind wir uns wohl alle einig.

Aber was ist denn das für ein Lobhudelantrag, den Sie uns hier vorlegen? Der Landtag soll die Maßnahmen der Landesregierung anerkennen, so fordern Sie in Ihrem Antrag. Ist das Aufgabe eines Parlamentes? Ich bin ja noch neu hier, aber die Aufgaben eines Parlaments hatte ich bisher anders verstanden. In der Netzcommunity würde man das einen „Troll-Antrag“ nennen, also als etwas, das keinen konstruktiven Beitrag zur Diskussion liefert. Ich würde es lieber den Wählerinnen und Wählern am 6. Mai überlassen, ob sie die Arbeit dieser Landesregierung anerkennen, so lange sollten Sie sich noch gedulden.

Sie können ja derweil mal aufs Land fahren, zum Beispiel nach Nordfriesland, und die Menschen dort fragen, ob sie die Leistungen der Landesregierung beim Breitbandausbau anerkennen. Dort gibt es noch immer viele Orte, in denen die Daten noch Bit für Bit durch die Leitungen tröpfeln. Seit Jahren erzählt uns die Bundesregierung, es würde keine weißen Flecken beim schnellen Internet mehr geben. Die Realität in Schleswig-Holstein ist eine andere – das wissen Sie und das wissen wir.

Die für den Breitbandatlas herangezogenen Daten stammen von exakt den Unternehmen, die sich verpflichtet haben, neben den lukrativen Ballungsgebieten auch den ländlichen Raum mit schnellem Internetzugang auszustatten. Die Erfahrung lehrt uns: Da werden fleißig Zahlen geschönt und suggeriert, man hätte seine Hausaufgaben gemacht. Aber die Unternehmen investieren zunächst dort, wo fette Gewinne warten. Als Landesregierung wäre es ihre Aufgabe, sich gegen dieses Marktversagen und für die Breitbandversorgung der abgehängten kleinen Gemeinden einzusetzen – stattdessen legen sie uns hier heute diese Lobhudelei vor.

Die Menschen haben es jedoch satt, sich seit Jahren an der Nase herumführen zu lassen. Sie nehmen die Breitbandversorgung neuerdings einfach selbst in die Hand. Die Breitbandnetzgesellschaft in Nordfriesland oder Snellstar in Waabs tun nun das, was die Landesregierung immer wieder versprach, aber nicht lieferte: Sie baut das Netz selbst. Das ist eine tolle Initiative, häufig von Windmüllern und ein Ausdruck von Gemeinwohlorientierung, denn hohe Renditeerwartungen allein dürften das Engagement nicht ausgelöst haben.

Noch mal zu Ihrem Antrag: Warum soll dieser Landtag bereits heute über den Doppelhaushalt 2013/2014 sprechen? Wollen wir das nicht dem neugewählten Landtag überlassen? Ich bin sicher, dass auch der kommende Landtag den Ausbau des schnellen Internets ganz oben auf seine Prioritätenliste schreiben wird, wie immer dieses Parlament dann zusammen gesetzt ist. Schaufensteranträge wie der Ihre helfen uns da nicht weiter.

Das Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom und Müllabfuhr. Darum fordern wir die Landesregierung auch auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Breitbandversorgung zum Universaldienst erklärt wird. Die Grüne Bundestagsfraktion hat kürzlich eine Studie vorgelegt, die zeigt, wie das gehen kann.

Das Internet als Grundbedarf – das ist bei der Bundesregierung aber bisher noch nicht angekommen. Dort ist die Bedeutung der Digitalisierung für die Wirtschaft, die Demokratie und die Bildung offenbar noch nicht ausreichend ins Bewusstsein vorgedrungen. Machen Sie Ihren KollegInnen in Berlin Dampf, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Das schnelle Internet muss schnell kommen und muss schnell bleiben, auch wenn die Technologie sich fortentwickelt. Dafür müssen wir auf Bundes- und Landesebene gemeinsam kämpfen. Und um diese Gemeinsamkeit zu betonen werden wir Ihren Troll-Antrag auch nicht ablehnen, sondern uns enthalten.

\*\*\*